

er sich noch immer Misstrauen und gelegentlichen Sticheleien ausgesetzt, doch ist die Zahl der Vorfälle vergleichsweise gering. Im Gegensatz zu früher weiß er, dass Gewalt nicht die einzige Antwort auf Probleme ist.

Rehabilitierende und resozialisierende Maßnahmen, wie sie Bosco und seine Gemeinde erfahren haben, sollten fester Bestandteil der Bestrafung von ehemaligen Kindersoldaten werden. Solche Maßnahmen gehen über eine bloße Vergeltung von Taten hinaus und erlauben einen ganzheitlichen Ansatz. Kulturelle Besonderheiten müssen bei der Strafzumessung berücksichtigt werden. Mein Mercator-Jahr hat mir gezeigt, dass ein solcher Ansatz keineswegs unvereinbar mit dem Konzept der Strafe ist.

Das internationale Strafsystem benötigt weitreichende Reformen. Anders als in vielen nationalen Gerichtsbarkeiten existieren im internationalen Strafrecht keine Mechanismen, um Straftätern jenseits von Gefängnisstrafen zu begegnen.

Wenn man es aber mit Straftätern zu tun hat, die Kindersoldaten waren, scheint ein solch kompromissloser Kurs nicht richtig. Eine Verurteilung darf kein Selbstzweck

sein. Vielmehr muss auch die Bestrafung eines Individuums als integraler Teil des internationalen Strafsystems gesehen werden, der zu dessen Legitimität und Effektivität beiträgt.

Kann die Perspektive eines Täters, der Taten von unvorstellbarer Grausamkeit begangen hat, überhaupt jemals geändert werden? Es gibt keinen Grund, es nicht zu versuchen. Es ist mindestens genauso schwer, die Hauptverantwortlichen für Völkerstraftaten zur Verantwortung zu ziehen, zukünftige Täter von ähnlichen Handlungen abzubringen oder Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – die Ziele der internationalen Strafgerichtsbarkeit waren von Beginn an hoch gesetzt. ••

Mirka Fries beschäftigte sich mit der Rekrutierung und dem Einsatz von Kindersoldaten.

Es muss darum gehen, die Perspektive des Täters dauerhaft zu verändern

Sind wir Brüssel?

Die schwierige Identifikation mit einem fernen Europa

Leonie Eland | Am 20. Juni 2018 stolperte ich über einen Tweet. Er war eigentlich belanglos, ein normaler Politiker-Tweet – doch irgendetwas war bei Christian Lindner anders: „Die aktuelle Position unserer liberalen Wirtschaftskommissarin Vestager zu Google hat auch im Handelsstreit mit den #USA Symbolkraft: Wer wie Trump nur Waren und Autos bilanziert, der übersieht die wachsende Bedeutung von Datenmacht und Dienstleistungen. CL.“ Unserer Wirtschaftskommissarin. Dieses kleine Wort hatte ich in diesem Zusammenhang so noch nie gelesen. Wenn wir von den EU-Institutionen sprechen, ist es

immer eher unpersönlich: Wir sprechen von „der“ Kommission, „dem“ Ratspräsidenten oder „dem“ Parlamentspräsidenten.

Was sagt diese Art zu sprechen über unser Verhältnis zur EU aus? Und wie beeinflusst sie wiederum die Wahrnehmung dieses Projekts? Mein Kolleg-Jahr habe ich dem Thema „Die Vermittlung der EU“ gewidmet. War es die EU selber, die sich nahbarer machen musste? Oder wäre der Schlüssel für die Vermittlung der EU vielleicht ein ganz anderer, ein auf Identifikation beruhender Umgang? Was, wenn nicht nur mit latentem Skeptizismus, sondern auch mit Stolz von diesem Projekt geredet würde?

Die meisten Politiker im nationalen Rahmen nutzen die EU nicht aktiv als Sündenbock, indem sie ihr unbequeme Beschlüsse in die Schuhe schieben.

Die meisten Politiker sprechen von der EU als einem abstrakten System

Aber sie sprechen von der Europäischen Union als abstraktem System, das außerhalb ihres Wirkungsbereichs liegt. Als einer Macht, deren Beschlüsse nicht von Abgesandten ihrer Regierung und gewählten Parlamentariern mitentschieden werden,

sondern von weitgehend anonymen Akteuren. Diese Zögerlichkeit, sich zu der Union zu bekennen, richtet vielleicht genauso viel Schaden an wie das laute Beschuldigen der EU seitens der Populisten.

Ein Spiegel der nationalen Debatte

Aus erster Hand konnte ich dieses Phänomen in meiner ersten Stage in Brüssel beobachten. Im Europastudio der ARD konnte ich täglich die Geschehnisse auf EU-Ebene mit dem Diskurs in der nationalen Öffentlichkeit vergleichen. Hier erkannte ich: Die Unwichtigkeit europäischer Politik im deutschen Fernsehen ist ein Spiegel der nationalen Debatte. Denn obwohl das Europastudio die wichtigsten Ereignisse in Rat, Kommission und Parlament immer verfolgte, wurden sie sehr selten in die deutsche Berichterstattung aufgenommen. Sie waren in Deutschland schlicht kein Thema.

Der 6. Dezember blieb mir besonders lebhaft in Erinnerung. Die Kommission hatte die Eurozonenreform vorgeschlagen. Eine neue Gesetzgebung, die das Ausmaß einer neuen Krise verringern könnte und deswegen auch für Deutschland wichtig war. Nachdem Brüssel an diesem Tag über kaum etwas anderes sprach und die Kommission vor Arbeit fast übergekocht war, sah man am selben Abend in der Tagesschau: nichts. Genauso frappierend war die mediale Aufmerksamkeit bei dem halbjährlichen Treffen des Europäischen Rates. Denn obwohl der Rat eigentlich keine gesetzgebende Kompetenz hat, strömten die Brüsseler Korrespondenten in Scharen in das Gebäude.

Dieser Fokus auf nationale Vertreter mag auf den ersten Blick übertrieben erscheinen, stellt aber auch die Chance dar, europäische Themen in nationale Debatten zu bringen. Denn während Anfang Dezember die Vorschläge der Kommission noch hinreichend von der deutschen Politik unter den Teppich gekehrt werden konnten, musste Bundeskanzlerin Angela Merkel am 15. Dezember mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron vor den versammelten Journalisten Stellung nehmen. Ein deutscher Journalist war es

denn auch, der nachhakte, bis wann eine gemeinsame deutsch-französische Position zur Eurozonenreform herausgearbeitet sein würde. Zögerlich rückte die Kanzlerin mit der Angabe „bis März“ heraus.

Natürlich war Deutschland seit den Wahlen im September in einer schwierigen Situation. Das Wahlergebnis und die Regierungsbildung hatten die geschäftsführende Kanzlerin geschwächt.

Dennoch liegt es in ihrer Richtlinienkompetenz, europäische Angelegenheiten auf die nationale Agenda zu setzen. Es war eklatant, wie abwesend europäische Themen im Bundestagswahlkampf waren. Bei der

Europas Regierungen sollten stolze Akteure sein – keine passiven Mitglieder eines Clubs

Vermittlung der EU geht es nicht nur um das technische Vermitteln der langwierigen Entscheidungsprozesse. Es geht auch um den Bezug zum Alltäglichen. „Brüssel“, sagt der französische Präsident Macron, „das sind wir, jeden Tag, jeden Moment.“

In meiner zweiten Stage im französischen Außenministerium in Paris musste ich erleben, wie wenig dieser Satz von der deutschen Politik unterstützt wird. In der Migrationsdebatte, die Deutschland so dominiert, hätte es auf der Hand gelegen, aus dem deutschen ein europäisches Thema zu machen. Gerade durch seine Sonderstellung als Nachbar Polens hätte Deutschland eine Mittlerrolle bei der Lösung der Migrationsfrage einnehmen können. Doch der Rückzug auf nationale Themen ist einfacher. Die Regierungen schieben wichtige Entscheidungen hinaus, weichen Tabus aus und ignorieren europäische Belange, von der Öffentlichkeit meist unbemerkt. Doch das schadet der EU. Sie wird als immer handlungsunfähiger, behäbiger und auch als ungerechter wahrgenommen.

Gleichzeitig vergibt die Politik eine große Chance. In der Haltung zur EU geht es nicht nur um Verantwortung, sondern auch um Identität. Nationalisten in der EU sind heute so erfolgreich, weil sie ihre Identität durch Abgrenzung zur EU feststecken. Wie wäre es, wenn proeuropäische Regierungen mit genauso viel Verve die Verankerung der nationalen Identität in der europäischen verteidigten? Und nicht nur passive Clubmitglieder wären, sondern stolze Akteure?

Es gibt aber Hoffnung. Brexit, die Wahl Donald Trumps und die Erosion der Weltordnung haben etwas in Gang gesetzt, das vielen Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung der EU wieder bewusst gemacht hat. In Handelsfragen, dem Klimaabkommen, dem Schutz unserer Daten und des Rechtsstaats bildet die EU einen positiven Aktionsrahmen. Die europäischen Parlamentswahlen im Mai 2019 könnten der endgültige Weckruf dafür sein, dass wir diesen Aktionsrahmen eigenständig mitgestalten können. „In den letzten Jahren gab es viel Gerede über das demokratische Defizit, an dem die EU leidet“, schrieb Joschka Fischer in einem Kommentar Ende Oktober. „Aber der Kampf für eine Mehrheit im Europäischen Parlament stellt eine große Gelegenheit für die Demokratie dar. Pro-Europäer müssen nur rechtzeitig aufwachen, um sie zu ergreifen – oder Europas Feinde werden es tun.“ • •

Leonie Eland befasste sich mit dem Vertrauen der Bürger in EU-Institutionen.